

Wirbelschleppen: Post für Al-Wazir

DACHSCHADEN Mainzer Fluglärmgegner fordern hessischen Minister auf, umgehend zu handeln

Von Markus Lachmann

MAINZ/WIESBADEN. Wenn Jets Luftverwirbelungen auslösen, muss man am Boden mitunter den Kopf einziehen. Im hessischen Raunheim sind wegen Wirbelschleppen erneut Ziegel von Hausdächern gefallen. Nun fordern Fluglärmgegner links des Rheins den hessischen Verkehrsminister Tarek Al-Wazir (Grüne) auf, zu handeln. „Nutzen Sie die Befugnisse, die Ihnen Ihr Amt bietet, und beseitigen Sie die unerträgliche Gefahrenlage in Flörsheim und Raunheim“, schreibt die „Initiative gegen Fluglärm Mainz“ dem Minister in einem offenen Brief. Dies sei nur mit einem Landeverbot für schwere Maschinen bei Ostwind möglich.

„Gebiet viel zu klein“

Andernfalls setze Al-Wazir Menschenleben aufs Spiel. „Es war bislang pures Glück, dass nichts passiert ist“, schimpft Jochen Schraut, Vorsitzender der Initiative. Nach Auffassung der Fluglärmgegner versteckt sich der Minister hinter einem Urteil des hessischen VerwaltungsgERICHTSHOFS vom Juli vergangenen Jahres. Laut Richterspruch sollte ein Dachklammerungsprogramm zu einer „deutlichen und schnel-

len Verringerung des Gefahrenpotenzials“ führen. Die Initiative betont, dass bis heute nur ein Bruchteil der gefährdeten Dächer gesichert worden sei. Auch sei das Gebiet, das geschützt werden soll, viel zu klein bemessen.

Genehmigung erschlichen?

All dies rechtfertige eine erneute Änderung des Planfeststellungsbeschlusses. Die Mainzer Fluglärmgegner weisen zudem darauf hin, dass der Bau der Nordwest-Landebahn von Flughafenbetreiber Fraport mit einem „offensichtlich falschen Wirbelschleppengutachten erschlichen“ worden sei. Flughafenbetreiber Fraport und Land Hessen hatten dies im vergangenen Jahr zurückgewiesen.

Am vergangenen Samstag hatten sich 20 Ziegel von zwei Dächern in Raunheim gelöst – Ursache waren Wirbelschleppen eines landenden Jets. Der Unfall ereignete sich etwa hundert Meter außerhalb der Zone, innerhalb der Fraport die Dächer sichern lassen muss.

Hessens Verkehrsstaatssekretär Mathias Samson (Grüne) hatte nicht ausgeschlossen, die Sicherheitszone auszuweiten. Der jüngste Vorfall in Raunheim werde geprüft.